



© Deutscher Bundestag / Stephan Erfurt

»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

## Standpunkt

von Professor Dr. Karl-Rudolf Korte

### Die unruhigen Wähler in 2019

Der Wählermarkt in Ostdeutschland funktioniert anders als im Westen. Bei jeder Wahl wiederholt sich das - seit 1990. Im Osten existieren keine gewachsenen Bindungen an Parteien, die wir im Vergleich zu Westwahlen messen könnten. Wählerinnen und Wähler gleichen dort vor allem spät-modernen Konsumenten. Die Marke (Partei Bindungen) wechselt aus biografischen und situationellen Aspekten. Abrupte Wahlfreiheit wird wichtiger. Den Vorwurf des Markenverrats nimmt man gerne in Kauf. Der Wählermarkt im Osten ist insofern noch unkalkulierbarer als im Westen. Die wählerischsten Wählerinnen und Wähler finden sich deshalb dort. Insofern greifen auch nicht wirklich unsere Erklärungsmuster der Wahlforschung, die noch immer davon ausgehen, dass individuelle Wahlentscheidungen in hohem Maße durch die soziale Herkunft und Parteiidentifikationen zu erklären sind. Das bedeutet gleichermaßen, dass Serienwähler die Ausnahme darstellen. Ob in fünf Jahren die Ministerpräsidenten-Parteien vorne liegen, ist ebenso fraglich, wie Stärke und Existenz der AfD. Das Parteiensystem ist robust-volatil.

Die politische Mitte fächert sich auf. Mehr Parteien tummeln sich dort, wo abweichend von vielen europäischen Nachbarn, noch immer in Deutschland die Mehrheiten mobilisierend gewonnen werden. Insofern liegt es an den Parteien der Mitte, ob sie das Leistungsversprechen der Demokratie ausreichend einlösen. Es liegt an ihnen, ob sie mit klugen Problemlösungen Wähler an sich binden – auch von den extremen Rändern. Nicht die extremistisch ausgerichteten populistischen Volksbelauscher sind das Problem, sondern die Angst vor ihnen. Die Parteien der Mitte haben es selber in der Hand, wen sie wie integrieren und wo sie entlang des Grundgesetzes, ausgrenzende Markierungen setzen. Wo wenige Vorfestlegungen existieren, kann ein Tagesplebiszit entscheiden. Wo Unberechenbarkeit von politischen Ereignissen mittlerweile den Alltag bestimmt, kann sich das Blatt für einzelne Parteien auch spontan wenden. Wo belastbar neues Vertrauen zum Wähler aufgebaut wird, existieren Chancen, eine nutzenorientierte Partei Bindung bis zum Wahltag wachsen zu lassen.

Die AfD ist längst auf dem Weg, die Linke als regionale Volkspartei des Ostens abzulösen. Das hat viele Gründe: belastbares Kümmererimage, Servicestation für Alltagshilfen, Ost-Identität, Unmutsaufsauger gegen die Bevormundung des Westens, Trostpender für mißachtete oder nicht beachtete Verlierer der Wiedervereinigung. Wer die AfD aus Protest wählt, hat in der Regel nicht das Gefühl gegenüber dem Westen zukurzgekommen zu sein. Eher ist es Ausdruck eines noch immer Nicht-Dazu-Zugehörens. Das gilt zumindest für die Motive einer überwiegenden Zahl von Wählern. Andere haben feste rechtsextreme Weltbilder, die von Teilen der AfD auch in rechtsextremen Alltagskulturen bedient werden.

Wenn es insofern bei vielen Wählern ohne rechtsextremen Hintergrund vorrangig um Wertschätzung, Anerkennung und unerfüllte Gleichheits- bzw. Sicherheitsversprechen geht, dann öffnet sich automatisch die Chance für andere Parteien der politischen Mitte, diese Angebotslücke mit aufzufüllen. Wer allerdings nach 30 Jahren immer noch mit Ost-Beauftragten versucht, dort paternalistisch zu beraten, hat den Kern des Konflikts nicht verstanden. Da hilft es wenig, traditionelle Wahrnehmungsschemata zu reanimieren: ewige Zweiteilung mit der Problemzone des Ostens. „Geh doch nach drüben“ – passt immer noch als Slogan für die öffentliche Pathologisierung des Ostens im Westen. Wir vergessen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Osten aktuell zum zweiten Mal die Erfahrung des „Rendezvous mit der Globalisierung“ machen: Heute über Themen wie Migration und Digitalisierung, 1989/90 im Hinblick auf den kompletten Umbruch der Lebens- und Arbeitswelt. Die Erinnerungen an solche existentiellen Einschnitte sind nicht nur positiv, trotz der enormen Aufbau- und Transformationsleistung. Regierungsbildungen werden zukünftig komplexer, wenn Wähler- und Koalitionsmärkte nicht mehr übereinstimmen. Wie sich aus Vielparteienparlamenten Regierungen bilden, lernen die Parteien seit einigen Jahren aktiv. Hier sind Erfahrungen gewachsen, komplexe Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen zu führen. Mehr Mut für neue Formate des Regierens wäre zudem angebracht. Warum nicht auch mal Labilität wagen mit Minderheitsregierungen? Mit vier Parteien regieren? Warum muss immer der größte Koalitionspartner den Regierungschef stellen? Warum fehlen Rotationsideen in der Mitte der Legislaturperiode – möglicherweise nach der Gerechtigkeit des Losprinzips?



Karl-Rudolf Korte im ZDF Wahlstudio



© Gregor Hübl (Drohnenaufnahme)

## Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von Ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter [www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/](http://www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/) einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



### Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/ 470-5644 | E-Mail: [demokratie-stiftung@uni-koeln.de](mailto:demokratie-stiftung@uni-koeln.de) | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln